Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1849

21.2.1849 (No. 44)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 21. Februar.

Nr. 44.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14., woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1849.

Deutsche Reichsversammlung.

= **Frankfurt**, 19. Febr. (173. Sitzung.) Die von der würtembergischen Abgeordnetenkammer an den Reichstag gerichtete Zuschrift, betreffend die Stellung Oesterreichs zu Deutschland, wird vorgelesen.

Fuchs aus Breslau stellt den Antrag, daß die HH. Reichstags-Abgeordneten in Zukunft sich pünktlich Morgens 9 Uhr in der Paulskirche einfinden, und nicht, wie bisher, bis 10 Uhr und länger zögern möchten. Zugleich kündigt er an, daß er entschlossen sey, jeden Morgen eine Zählung zu verlangen, wenn der bisherige Mißbrauch fortdauern würde.

Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über das Reichs-Wahlgesetz.

Rappard aus Preußen, ein Linker, spricht gegen Ausschließung der unbemittelten Klassen vom Wahlrecht.

Mathy, ein seltener Redner, der sein Talent zu sparen weiß, vertheidigt auf geistreiche Weise den Entwurf, gibt aber zugleich zu verstehen, daß, wenn, wie er fürchte, der beabsichtigte kaiserliche Bundesstaat nicht zu Stande komme, auch das zur Berathung vorliegende Wahlgesetz kaum zur Anwendung kommen dürfte. „Ich wäre", sagt Mathy, „für allgemeine Berechtigung, wenn indirekte Wahlen angenommen würden; verwirft man letzteres System, so muß ich für einen Zensus stimmen, gebe jedoch bereitwillig zu, daß die Verwirklichung desselben sehr schwierig ist."

Auf einen Mann, der mit Verstand gesegnet ist, folgt der langweiligste Schwätzer des Hauses, Hr. Wiesner. Er bestreitet den Entwurf als dumm, schlecht, verrätherisch, hochmüthig, und schlägt folgende Fassung vor: „Wähler ist jeder Deutsche, der das 21. Jahr zurückgelegt hat."

Heinrich v. Gagern besteigt die Rednerbühne. Todesstille in dem vorher so summenden Hause. „Meine Herren", beginnt er, „ich bin der Meinung, daß allgemeines Stimmrecht sich nicht mit dem öffentlichen Wohle verträgt. Hr. Vogt hat den Zensus die Lüge des Konstitutionalismus genannt; ich traue ihm zu viel Geist zu, um anzunehmen, daß er selbst an diesen unbedacht hingeworfenen Satz glaubt, der sehr leicht die Massen verführen könnte. Volksvertretung durch gewählte Abgeordnete ist der Republik, wie dem beschränkten Königthum gemeinsam; ich gebe zu, daß sie leicht ein unwahres Ergebniß liefern kann; wenn daher Vogt gesagt hätte, die Volksvertretung leide oft an einer Lüge, wollte ich ihm Recht geben. Ich würde dem System indirekter Wahlen den Vorzug geben, und dann für allgemeines Wahlrecht entscheiden; will man aber direkte Wahlen, dann ist irgendwelche Beschränkung des Wahlrechts unumgänglich."

Im Verlauf seiner Rede bekämpft Gagern die vom Verfassungsausschuß beliebte Ausschließung der Taglöhner auf dem Lande und der Fabrikarbeiter, indem er sagt, in keinem Staate der Welt sey der Stand der Ackerbauer von je her so geehrt gewesen, wie in Deutschland, und nirgends, selbst in England nicht, stehe der Fabrikarbeiter so hoch, wie bei uns. „Ueberhaupt haben wir in Deutschland, Gott sey gedankt, kein Proletariat in solcher Ausdehnung, wie man uns glauben machen will; wir brauchen daher auch kein Proletariat in dem Sinne, wie man uns zumuthet, auszuschließen. Ich bin für das von Beseler und Genossen vorgeschlagene Maß eines Zensus." (5 fl. 5 kr. direkte Steuer.)

Tellkampf aus Breslau spricht für einen von ihm unterstützten Minoritätsantrag, des Inhalts, daß nur solche Handwerksgehilfen und Fabrikarbeiter, die nicht Gemeindebürger sind, nicht Grundbesitz oder eigenen Haushalt haben, vom Wahlrecht ausgeschlossen seyn sollen.

Eisenstuck aus Sachsen bekämpft die von Gagern wider ein allgemeines direktes Wahlrecht vorgebrachten Gründe, und verlangt weiter, daß die vom Ausschusse beantragte Ausschließung der Dienstboten, der Handwerksgehilfen und Fabrikarbeiter, der Tagelöhner, verworfen werde, denn diese Klassen leben von ihrer Hände Arbeit, und die Arbeit allein, nicht der Besitz sey es, was dem Menschen sittlichen Werth verleihe. „Meine Herren, ein Hofmarschall und das ganze Heer Derer, die von den Tischen der Könige oder besser aus den Taschen des Volkes leben, steht nach meinem Dafürhalten tief unter Handwerkern, Taglöhnern, Fabrikarbeitern. Warum wollen Sie goldgestickten Hausknechten!, die viel zu hoch bezahlt sind, ein Recht einräumen, das Sie dem armen, bescheidenen Arbeiter, der im Schweiße des Angesichts sein Brod ißt, hartnäckig verweigern?"

Der Redner tritt unter lautem Jubel der Linken ab.

Plathner aus Halberstadt bedauert, daß bis jetzt nur extreme Vorschläge vertheidigt und keine Versuche zur Vermittlung gemacht worden seyen; um Letzteres anzubahnen, theilt er die eingebrachten Anträge in Klassen.

Simon von Trier: Zu entscheiden, was dem Ganzen fromme, komme nur dem gesammten Volke zu, nicht dem Verfassungsausschusse, nicht den HH. Professoren aus Greifswalde, aus Bonn, aus Göttingen, nicht irgend Einem, der sich für einen Weisen halte. Die bittersten Ausfälle auf Bassermann, auf Reichensperger, auf Mathy folgen. „Meine Herren, Ihr habt nicht gewagt, einen der kleinsten deutschen Fürsten zu mediatisiren, und Ihr erkühnt Euch, ganze Volksklassen der wichtigsten Rechte zu berauben, sie herabzuwürdigen, mit einem Worte, zu mediatisiren." Simon findet die Ausschließung Derer, die vergantet worden oder eine Armenunterstützung genießen, ungerecht oder unsittlich; er bekämpft sodann die Ausschließung der Dienstboten, denn wenn Dies zum Gesetz erhoben würde, müßte man, der Gerechtigkeit zu Ehren, auch sämmtliche Beamte und Staatsdiener ausschließen, welche in der That „Dienstboten der Regierungen" seyen, und vom preußischen Staatsrecht auch so genannt würden. „Ich und meine Freunde", fährt er fort, „wissen recht gut, warum Ihr jene zahlreichen Klassen ausschließen wollet. Nicht wahr, Ihr denkt, wenn die Fabrikarbeiter, wenn die Armen überhaupt das Wahlrecht verlieren, dann gibt es in der Paulskirche keine Linke mehr? Aber ich frage Euch ins Angesicht: Wer hat in diesem Hause patriotischer gehandelt, die Linke oder die Rechte? Wer hat ein Kleindeutschland machen, wer hat Oesterreich ausschließen wollen? Wer hat unter der Maske der Einheit und Freiheit für die ehrgeizigen Absichten gewisser Höfe gearbeitet, die Linke oder die Rechte? Es ist noch nicht lange her, meine Herren, daß man Ihnen vom Ministertische aus gerathen hat, einen Schnitt in die Einheit deutschen Landes zu machen; jetzt verlangt man, daß Sie einen Schnitt in den Leib des Volkes reißen; das eine Mal war die Einheit in Gefahr, jetzt ist es die Freiheit. Meine Herren, retten Sie beide, sonst verdienen Sie, daß Nichts aus ihrem Werke werde."

Simon tritt unter rauschendem Beifall ab; er hat in der That zum Theil auch auf Solche, die sonst nicht einer Meinung mit ihm sind, Eindruck gemacht.

Riesser aus Hamburg verlangt das Wort, um eine persönliche Bemerkung über den Vortrag Eisenstuck's vorzubringen; er bekennt, daß er in Bezug auf einen Wahlzensus die Ansichten, denen er im Vorparlamente gehuldigt, jetzt nicht mehr hege.

Es wird mehrfach Schluß der Debatte verlangt und vom Hause angenommen.

Gegen 70 Verbesserungsvorschläge liegen vor. Präsident Simson erklärt, daß er zunächst diejenigen, welche nicht die durch die Geschäftsordnung vorgeschriebene Anzahl von wenigstens 20 Unterschriften haben, zur Unterstützung bringen werde. Viele fallen durch. Rösler aus Oels macht den Vorschlag, weil die Ordnung so vieler Fragen nothwendig geraume Zeit bedürfe, möge man die nächste Sitzung statt morgen erst am Mittwoch halten. Dieser Vorschlag bekommt jedoch keine Mehrheit. (Schluß der Sitzung um 2 Uhr.)

Die preußische und die österreichische Note.

⚒ Wir haben in Preußen auf einen unerschütterlichen Rechtssinn, auf eine jeder Anfechtung unzugängliche deutsche Gesinnung gezählt; es war dies leider ein Irrthum. Die preußische Politik scheint noch die alte zu seyn, welche auf Kosten des Reiches eine fünfte Großmacht geschaffen, mit dem einzigen Unterschied, daß ihr die alte Energie und Rücksichtslosigkeit fehlen. Es ist nicht die Scheu vor Rechtsverletzung, welche das preußische Kabinett hindert, die kleinern Staaten zu erdrücken, sondern nur der Mangel an Thatkraft; es ist nicht die deutsche Gesinnung, welche es abhält, den Arm nach dem Bruchstück einer Kaiserkrone auszustrecken, sondern nur der Mangel an Muth und Entschiedenheit.

Man möchte wohl das Eine und das Andere, aber gefahrlos, scheinbar widerstrebend.

Die Note vom 23. Januar läßt hierüber kaum einen Zweifel. Preußen unterwirft sich der Nationalversammlung, wenn sie seinen Willen thut, sonst beharrt es auf dem nie aufgegebenen Rechte der Zustimmung; Preußen sieht mit hoher Befriedigung, daß Oesterreich in dem Bunde beharren und an dessen kräftiger Entwicklung Theil nehmen will, möchte es aber gerne hinausdrängen; Preußen wünscht die Kaiserwürde nicht, wohl aber an der Spitze eines engeren Deutschlands zu stehen. Niemand fand sich durch diese Note sonderlich befriedigt, aber auch Niemand gerade feindlich berührt; jeder Partei verblieb die Hoffnung, das preußische Kabinett werde ihr, wenn auch nicht förderlich, doch nicht hinderlich seyn.

Nur die holsteinische Landesversammlung fand sich bemüßigt, einen, wenn auch höflichen und durch Dankespflicht gemäßigten Protest dagegen zu erlassen, daß auch „das deutsche Gebiet Dänemarks", d. h. Lauenburg, Holstein, und Schleswig, gleich Oesterreich und Luxemburg-Limburg ausscheiden sollen.

Was konnte wohl Preußen zu dieser Aeußerung bewegen, die um so mehr auffallen muß, als ja gerade Schleswig-Holsteiner vorzugsweise an seinem Kaiserthrone zimmerten?

Der in Aussicht stehende große Verschlingungsprozeß sollte möglichst ungestört und friedlich vor sich gehen. Dänemark und Holland, und was ihnen als Rückhalt dient, mußten vor Allem beruhigt werden und außer dem Spiel bleiben; auf das störrige Bayern konnte man nöthigenfalls auch noch verzichten; die übrigen deutschen Provinzen waren immerhin noch ein schöner Zuwachs für die Monarchie Friedrich's des Großen, die sich dann füglich Deutschland nennen konnte, wenn auch Deutschland selbst zu existiren aufgehört hätte. Mit Oesterreich aber wird dann die bekannte, vielbesprochene Union geschlossen.

Für diesen Plan war aber durch die Arbeiten des Verfassungsausschusses in Frankfurt und durch die verbündete Presse in der That die Grundlage geschaffen.

Das Verfassungswerk war vom Anfange an systematisch so eingerichtet worden, daß es lediglich nur für Preußen und die kleineren Staaten paßte, die in ihm aufgehen sollten *). Nicht ein Bundesstaat, sondern ein rein unitarischer oder Zentralstaat war in Aussicht, dessen Oberhaupt der König von Preußen werden sollte. Nicht eine Einigung Deutschlands, sondern eine Vergrößerung Preußens war beabsichtigt.

Der Presse ihrerseits, gestützt auf das wahre, tiefgewurzelte Bedürfniß nach nationaler Macht und Einheit, war es gelungen, in weiten Kreisen einen Fanatismus zu erregen, der gerade in diesem „horrenden Akte der Selbstverstümmlung" (vom deutschen Standpunkte aus beurtheilt) das einzige Heil erblickte, und jeden andern seinem Zwecke allein entsprechenden und praktisch allein möglichen Vorschlag als den „alten Bundestag" abfertigte. Es liegt darin ein neuer Beweis, wie gewaltig die Presse wirkt, wenn sie auf ein unleugbar vorhandenes, tief gefühltes Bedürfniß spekulirt. Zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung wurde aber auch kein Mittel gescheut. Geschichte, Geographie, und Statistik wurden verfälscht, Personen und Parteien, Regierungen und Volksstämme verunglimpft und verleumdet. Der größte Partikularismus, der in Deutschland jemals sein Haupt erhob, wurde als nationale Einheit in Kurs gebracht und gegen alle Andersdenkenden ein dumpfer Haß entzündet. Der Hauptkunstgriff bestand aber in dem trügerischen Schlusse: Oesterreich kann und will dem projektirten Bundesstaate nicht beitreten; also bleibt uns ja Nichts übrig, als uns ohne Oesterreich zu konstituiren, — während die Folgerung doch allein richtig ist: also taugt das Projekt Nichts, weil es nothwendig ein Drittheil Deutschlands ausschließt. Es paßt aber auch, wie uns die preußische Note belehrt, eben so wenig für Lauenburg, Holstein, Schleswig, Luxemburg, und Limburg; es paßt eben so wenig für Bayern, wie dieses wenigstens selbst behauptet, worauf man jedoch zur Zeit noch keine Rücksicht nahm; es paßt vielleicht, und sogar wahrscheinlich, auch nicht für Sachsen, Hannover, und Würtemberg; es paßt dann höchst wahrscheinlich auch nicht auf Baden, seiner Lage wegen.

Bei dieser Sachlage erschien die österreichische Note vom 4. Februar mit ihrer ruhigen, ernsten, offenen, entschiedenen, selbst kühnen Sprache. Sie sagt uns nun ausdrücklich, daß es Preußen gefallen (wie man wissen will, früheren Verheißungen entgegen, und auf Anreizungen von Frankfurt aus), nunmehr seinen eigenen Weg einzuschlagen; sie beharrt auf dem stets behaupteten Standpunkte der Vereinbarung; sie verwirft den projektirten engern Zentralstaat; sie will von der phantastischen Union mit demselben Nichts wissen; sie will vielmehr, daß dasselbe Band alle deutschen Staaten, auch Oesterreich, umschlinge. Die Note, weil sie sich mit aller Entschiedenheit aussprach und alle Winkelzüge verschmähte, hat eben deßhalb die umgekehrte Wirkung, als die preußische, hervorgebracht. Sie entflammte die Einen bis zur sinnlosen Wuth; sie belebte die Hoffnungen der Andern; sie erschreckte aber auch Viele. Und in der That, wenn man erwägt, wie viel Eigensinn, Dünkel, Selbstsucht, Fanatismus, und vorgefaßte Meinung dadurch verletzt werden, so lag die Befürchtung nahe, daß die Anstifter, unbekümmert um alle Folgen, herzlos für das Vaterland, hartnäckig auf ihrem Plan bestehen werden, daß sie Dieses thun werden, obgleich nun die Grundlage desselben, die Voraussetzung weggefallen war, durch welche sie die öffentliche Meinung berückt hatten, daß nämlich ein großartiger, inniger Bund zwischen den beiden Mächten Deutschland und Oesterreich bestehen, ersteres also nur unendlich gewinnen und nie verlieren werde. Die Befürchtung erwies sich auch nach allen Anzeigen als gegründet. Die Organe des deutsch-preußischen Kaiserthums, welche an Perfidie und Rücksichtslosigkeit die republikanische Presse schon längst übertroffen hatten, steigerten ihre Sprache bis zur „Insolenz", bis zur Brutalität: sie drangen auf den ungesäumten Ausweis der österreichischen Abgeordneten und forderten unverhohlen zum Bürgerkriege auf.

Aber siehe da, fast zu derselben Zeit erklärte die bayrische Kammer, welche noch des Tags zuvor den Beifall der separatistischen Unitarier geärntet hatte, einstimmig, daß sie kein preußisches Kaiserthum, kein halbes Deutschland mit Ausschluß Oesterreichs, sondern ein ganzes, großes, freies, einiges, und mächtiges Deutschland mit Oesterreich wolle; — da erklärte auf einen ähnlichen Antrag in der würtembergischen Kammer der Minister, daß die Regierung das größte Gewicht darauf lege, daß das Verfassungswerk von Deutschland auf eine deutsche Weise zu Stande komme, daß insbesondere Oesterreich bei Deutschland bleibe, daß somit ein ganzes Deutschland zu Stande komme; —

---

*) Man sehe hierüber die Schrift: Das deutsche Verfassungswerk im Jahr 1848, von Heinrich Künßberg, Mitglied der deutschen Nationalversammlung. A. d. Verf.

da thaten sich patriotische Männer in Frankfurt zusammen, und wählten einen neuen Verfassungsausschuß, der den Riß eines Gebäudes entwerfe, in dem auch die Völker an der Eider, an der Maas, an der Moldau, und an der Ens wohnen können.

Diese Erscheinungen und die Scheu der preußischen Regierung vor Wagnissen, verbunden mit wirklich verdammungswerthen Partikularbestrebungen, die aber unter obwaltenden Umständen der Nationaleinheit zu gut kommen, ermuthigen den Patrioten, und flößen ihm die Hoffnung ein*), daß es die Männer des Verfassungsentwurfs nicht zum Aeußersten treiben und sich hüten werden, die Brandfackel in die deutschen Lande zu werfen.

Wenn aber auch die Vorsehung das große Werk der Einigung gelingen läßt, und uns vor den Schrecknissen eines blutigen Bürgerkriegs bewahrt, der Alles in Frage stellen kann, so haben dennoch die Fanatiker des deutsch-preußischen Kaiserthums eine ungeheure Verantwortung auf sich geladen:

sie haben dem Volke die Freude an dem allein Möglichen und Praktischen geraubt, sie haben im voraus Unzufriedenheit mit den künftigen Zuständen erregt, sie haben die Saat des Mißtrauens mit vollen Händen ausgestreut, und der alten Stammesabneigung neue Nahrung gegeben, ja sie bis zum Hasse gesteigert.

W.

Vom vaterländischen Verein in Wiesloch.

Mitbürger!

Seit dem Monate Oktober v. J. besteht dahier ein Bürgerverein, hervorgegangen aus dem Drange vieler Bürger, den hiesigen Gemeindeangelegenheiten eine bessere Richtung zu geben und auf den Sinn der Gesetzlichkeit und Ordnung in der Gemeinde hinzuwirken.

Wenn dieses Bestreben zunächst blos auf die speziellen hiesigen Lokalinteressen abzielte, so erkannte aber der Bürgerverein in jetziger sturmbewegter Zeit seine größere Aufgabe, und die Nothwendigkeit, seine Thätigkeit auf die allgemeinen Landesinteressen hinzuleiten, und hat daher die Umwandlung des engern Bürgervereins in einen weiteren vaterländischen Verein nach der Richtung und dem Vorbilde vieler anderen Städte beschlossen, und gegründet, welcher neue vaterländische Verein in der gestrigen zahlreichen Generalversammlung durch den bereitwilligsten Beitritt vieler neuen Mitglieder einen solchen überraschenden Anklang gefunden und eine solche Ausdehnung gewonnen hat, daß sich derselbe des kräftigsten Gedeihens zu erfreuen haben dürfte.

Wahrlich, es thut dem hart bedrängten Vaterlande noth, und es ist die höchste Zeit, daß sich die Männer aus allen Gauen des engern wie des weitern Vaterlandes zusammenschaaren, um der Volksverführung und Anarchie entschieden entgegen zu treten, das gemeinschaftliche Vaterland von dem Abgrunde, an welchem es steht, hinwegzureißen und vom Verderben und Untergange zu retten. Darum, Mitbürger! gilt es, fest und vereint zusammenzustehen, um den Feinden des Vaterlandes zu trotzen, und zu kämpfen für das heilige Werk der Rettung desselben, Einer für Alle und Alle für Einen, ehe es zu spät ist, ehe das allgemeine Volkselend über uns hereinbricht und die Flammen des Bürgerkriegs über unsern Häuptern zusammenschlagen, und jeder gute Deutsche es zu bereuen hätte, Nichts zur Rettung des Vaterlandes beigetragen zu haben.

Auch wir wollen die deutsche Einheit und Freiheit aus ganzem Herzen, und wünschen Nichts sehnlicher, als die Wohlfahrt des deutschen Volkes, verabscheuen Nichts mehr, als reaktionäre Bestrebungen; aber wir wollen die zugesicherten Volksfreiheiten auf gesetzlichem und verfassungsmäßigem Weg errungen wissen, und nicht den Pfad der Gewaltthat betreten, denn:

Wo rohe Kräfte sinnlos walten,
Da kann sich kein gut Gebild gestalten;

und:

Das Unglück schreitet schnell.

Darum, Mitbürger! ist unser Hauptzweck, für Gesetzlichkeit und Ordnung in die Schranken zu treten, und auf diesem Wege auf die deutsche Einheit und Freiheit und die Wohlfahrt des deutschen Volkes hinzuwirken.

Darum, Mitbürger! fordern wir Euch auf, wer es gut mit dem Vaterlande meint, und wem die Wohlfahrt des deutschen Volkes am Herzen liegt, für diesen edlen Zweck als echte Vaterlandsfreunde mitzuwirken, und laden Euch zum zahlreichen Beitritt ein.

Wiesloch, den 16. Februar 1849.

Der Vorstand:

Daniel Rech.	C. Baumann.
G. Kappler.	C. Egery.
C. J. Steingötter.	F. Schuhmann.
Ph. Lamerdin.	Johann Zopf.

Oehlschläger, Schriftführer.

Deutschland.

☽ **Karlsruhe**, 17. Febr. (150. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitze des ersten Vizepräsidenten Weller.)

Es werden mehrere Petitionen vorgelegt, unter diesen auch eine aus dem Odenwalde um baldigste Herstellung der Straße zwischen Eberbach und Mosbach, insbesondere aber jener Strecke von Gerach nach Binau. Schaaff, der diese Petition übergeben, nimmt Bezug auf die jüngsthin stattgefundene empfehlende Ueberweisung eines ähnlichen Gesuches, und stellt den Antrag, das vorliegende an die Büdgetkommission gelangen zu lassen.

Dennig widersetzt sich diesem Antrage, indem die Büdgetkommission keine neuen Ausgaben schaffen, sondern nur die von der Regierung geforderten Summen genehmigen oder verweigern könne. In demselben Sinne sprechen v. Itzstein und Staatsrath Bekk, welcher Letztere bemerkt, daß die hier zur Sprache gebrachte Straße im außerordentlichen Büdget nicht vorkomme. Die Regierung habe sich bei ihren Anforderungen auf das Allernothwendigste beschränkt, werde aber, im Falle die von den Kammern zu bewilligenden Steuern einen Ueberschuß zeigen, noch nachträgliche, den Straßenbau betreffende Vorlagen machen.

Mez wünscht, die Regierung möge diese Vorlagen sofort übergeben, und ist überzeugt, die Büdgetkommission und die Kammer werden die geforderten Summen um so mehr bewilligen, als dadurch den mittellosen Staatsangehörigen Verdienst verschafft werde.

Staatsrath Bekk: An der Bewilligung von Ausgaben genüge es nicht, es müsse auch Geld zu deren Bestreitung beigeschafft werden.

Nachdem Mez die Straßenkorrektion bei Schiltach und Lehlbach jene im vordern Odenwald empfohlen hatten, stellt Lamey den Antrag, vorliegende Petition an die Petitionskommission zu verweisen. Dieser Antrag wird von Arnsperger unterstützt und von der Kammer angenommen.

Der Präsident zeigt an, daß die Erste Kammer die beiden Gesetzentwürfe über Einführung der Schwurgerichte und der allgemeinen Wechselordnung ohne alle Abänderung angenommen hat.

Staatsrath Bekk übergibt ein Straßennetz mit Karte und Tabellen und Lamey seinen Bericht über den Gesetzentwurf, die Gerichtsverfassung betreffend. Der Vorausdruck des letztern wird beschlossen, und in ersterer Beziehung die Regierung ersucht, das übergebene Straßennetz im verjüngten Maßstabe vervielfältigen zu lassen.

Hierauf wurde die gestern abgebrochene Diskussion über den Gesetzentwurf, die Allodifikation der Erb- und Schupflehen betreffend, fortgesetzt und an deren Schluß dieser Entwurf mit wenigen Abänderungen mit allen Stimmen gegen fünf (Schey, Scheffelt, Sachs, Junghanns, und v. Itzstein) angenommen.

Die öffentliche Sitzung verwandelt sich sofort in eine geheime, um den von Lamey gestellten, die Geschäftserledigung betreffenden Antrag zu berathen.

Nächste öffentliche Sitzung: künftigen Donnerstag 9 Uhr. Tagesordnung: Berichte der Petitionskommission, unter diesen ein solcher über Fickler's Petition um seine sofortige Aburtheilung durch die Gerichte. Sodann in geheimer Sitzung Diskussion über Speyerer's Kommissionsbericht, den Rübenzoll betreffend.

Druckfehler. Am Schlusse unseres Berichtes über die 149. öffentliche Sitzung soll es heißen: Schey beantragte einen 16- und 14fachen Jahresbetrag.

Freiburg, 19. Febr. (N. Fr. Z.) Gestern wurde hier zur Gründung eines vaterländischen Vereins geschritten, zu dem sogleich gegen vierthalbhundert Bürger und Einwohner aller Stände ihren Beitritt erklärten. Die Versammlung, welche in dem Kaufhaussaale abgehalten wurde, wurde durch eine Ansprache eingeleitet, welche der Bürgermeister v. Rotteck, als Mitglied des provisorischen Ausschusses, an die Anwesenden richtete, und in welcher er sich über Wesen und Zweck des zu gründenden Vereines verbreitete.

Nachdem sofort der Verein für konstituirt erklärt worden war, wurde eine Reihe von Anträgen gestellt und angenommen, welche sich sämmtlich auf die Organisation desselben bezogen. Darnach wird der bisherige provisorische Ausschuß vorerst noch in Thätigkeit bleiben und die Geschäfte leiten, bis der in der nächsten Versammlung, die am 4. März stattfinden soll, zu wählende definitive Vorstand an seine Stelle tritt.

Der Verein tritt in Verbindung mit dem Landesausschuß der vaterländischen Vereine in Mannheim, und wird für Gründung ähnlicher Vereine im Oberlande zu wirken bemüht seyn.

≏ **Konstanz**, 18. Febr. Gestern wurde der frühere Redakteur der Seeblätter, J. N. Letour, von dem Hofgerichte des Seekreises auf den Grund des Reichsgesetzes vom 10. Oktober v. J. zweimal wegen Beleidigung der deutschen Nationalversammlung verurtheilt: einmal bezüglich eines Aufsatzes in Nr. 281 der Seeblätter vom vorigen Jahre zu 6 Wochen Gefängniß, und das zweite Mal bezüglich eines Gedichtes in Nr. 1 der diesjährigen Seeblätter zu 2 Monaten Gefängniß, welche er in einer Festung zu erstehen hat.

Dagegen wurde Letour von der weitern Anklage wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung des Königs von Preußen, so wie auch vor 8 Tagen von der Anklage wegen Herabwürdigung der großh. Staatsregierung und wegen Beleidigung des abgetretenen Kaisers Ferdinand von Oesterreich freigesprochen.

Ludwigsburg, 17. Febr. (L. Tagbl.) Wie wir hören, ist Befehl hier eingetroffen, eine reitende Batterie binnen zweimal 24 Stunden marschfertig auszurüsten, und eben so hat sich eine Abtheilung Reiterei zum Ausmarsch parat zu halten. Eine gestern bemerkte geschäftige Thätigkeit im Packen ꝛc. beim k. Arsenal scheint die Sache zu bestätigen. Die Veranlassung zu diesem Befehl ist unbekannt.

Vom Neckar. (Deutsch. Volksbl.) Auch im würtembergischen Schwarzwald ist es nicht ganz geheuer; da finden Sie überall Zündstoff genug; überall in den Ortschaften Gährung und Unzufriedenheit, und ein sich selbst unklares Sehnen nach einem neuen Schlag, mag er ausfallen, wie er will. Mögen Sie von Horb an bis hinauf nach Rottweil, und anderseits gegen Freudenstadt und Rottenburg hinkommen, fast in jedem Dorfe treffen Sie sogenannte Märzvereine, und ihr Wahlspruch ist: Nichts, gar Nichts mehr bezahlen — keine Steuern, keine Gülten, keine Zehnten.

Darauf geht's hinaus. Die Meisten, die man darüber auslockt, gestehen Dies zwar nicht geradezu; sie sagen: „Wir verweigern es nicht; wir wollen nur vorher aus Urdokumenten nachgewiesen haben, daß wir Dies und so viel schuldig sind." Weist man es ihnen aber aus 300jährigen Lagerbüchern nach, daß sie es schuldig seyen, so verlangen sie noch weiter: „Dies seyen noch nicht die rechten; sie verlangen die Urdokumente." Das heißt: sie verlangen ein Dokument, das gar nicht existirt, um auch Nichts nachweisen zu können.

München. Ueber das am 14. Abends in München gefeierte Künstlerfest — Friedrich Barbarossa's Wiedererwachen und das Wiedererstehen des deutschen Reichs — schreibt die Allgemeine Zeitung:

Das Fest war das schönste, das München seit Jahren gesehen, großartig und gedankenreich angelegt, bis ins Einzelste vollendet, und so heiter und lebendig dargestellt und ausgeführt, wie es nur dieser Künstlerwelt möglich ist, die im Innersten mit ergriffen ist von den Gedanken der Zeit, und jeden dieser Gedanken mit sinniger Schönheit zu umkleiden weiß. Ueber zweitausend Gäste füllten die weiten Säle des Odeons, durch die der Zug sich bewegte, in welchem keine der Landschaften unseres Vaterlandes fehlte, alle seine Hochlande und Küstensäume, alle in Kunst, Geschichte, oder politischer Bedeutung hervorragenden Städte vertreten waren: — eine Reihe der reizendsten Bilder von den Tagen der Hohenstaufen bis herab zu der bewegten Gegenwart, die unter Zweifeln und Wehen das neue Deutschland erstehen sieht. Eine feierliche Stimmung lag über der festlichen Versammlung, als Binzers „Wir hatten gebauet" ernst wie ein Kirchenchoral erklang. Man fühlte: die frühern Künstlerfeste dieser Art waren heitere Maskenszenen, dieses aber war den Hoffnungen und Schmerzen, mit denen wir an der Schwelle einer großen Zukunft stehen, unmittelbar entstiegen. Auch der Anblick der königlichen Familie mahnte, mitten in der Festeslust, an die Kämpfe, welche rings den Boden des alten Europa's erzittern machen: Prinzessin Luitpold fehlte, da gerade an diesem Tage die Nachricht von der Flucht ihres Vaters, des Großherzogs von Toskana, eingetroffen war. Aber selbst die ernstesten Mahnungen an die trüben Verwicklungen draußen vermochten nicht die lärmende Lustigkeit zu unterdrücken, als nach den szenischen Darstellungen der Ball begann, dem sein Recht werden mußte. Die fröhlichsten Parthien darin bildeten die Gruppen der Gebirgsleute von Bayern, Steyermark, und Tyrol, die ihre derben und doch so anmuthigen Tänze aufführten und ihre hellen Jauchzer und Jodler dazu ertönen ließen. Wer möchte wünschen, daß diese Berge mit ihren Tänzern und ihren Schützen künftig nicht mehr zu Deutschland gehören sollen?

✱ **Mainz**, 16. Febr. Durchschnittspreise der in Mainz vom 10. bis zum 16. Febr. verkauften Früchte: — Weißmehl, per Mltr. zu 140 Pfd., 8 fl. — kr. — Roggenmehl, per Mltr. zu 140 Pfd., 5 fl. 45 kr. — 260 Säcke zu 200 Pfd. Weizen, 9 fl. 10 kr. — 68 Säcke Korn 5 fl. 58 kr. — 131 Säcke Gerste, 5 fl. 39 kr. — 37 Säcke Hafer, 6 fl. 12 kr. Hievon wurden in der Halle verkauft: 207 Säcke Weizen, 9 fl. 10 kr. — 63 Säcke Korn, 5 fl. 57 kr. — 69 Säcke Gerste, 5 fl. 29 kr. — 37 Säcke Hafer, 6 fl. 12 kr. Außerhalb derselben: 53 Säcke Weizen, 9 fl. 8 kr. — 5 Säcke Korn, 6 fl. 5 kr. — 62 Säcke Gerste, 5 fl. 51 kr.

✱ **Dresden**, 16. Febr. Es ist ein höchst bedenkliches Zeichen, wenn die Kammern der Einzelstaaten anfangen, die Berathungsgegenstände der deutschen Reichsversammlung nochmals zu berathen und Beschlüsse darüber zu fassen. Ob Solches geschieht, um der Reichsversammlung beizustimmen oder entgegenzutreten, ist im Prinzip Dasselbe; denn wenn die eine Kammer beistimmt, kann eine andere das Gegentheil thun, wie denn das erstere Beispiel bereits thatsächlich das entgegengesetzte nach sich gezogen hat. So sind von unserer Zweiten Kammer heute fast einhellige Beschlüsse gefaßt worden, welche vom Standpunkte der k. sächsischen Nation eine Reihe von Bestimmungen der Frankfurter Verfassungsbeschlüsse für unheilvoll, unzulässig, unannehmbar, und in die Selbständigkeit der Einzelstaaten eingreifend erklären. Was soll dabei herauskommen, wenn die Frankfurter Berathungen nachher noch 38mal nachberathen, die Frankfurter Beschlüsse nachher noch 38mal nachgenehmigt werden sollen? Wahrlich, man wird noch eher 38 Regierungen unter einen Hut zu bringen vermögen, als 38 Einzelkammern.

Unsere Regierung übrigens muß, wohl oder übel, sich nach ihrer Kammer richten. Wenigstens kann unsere Zweite Kammer ganz zufrieden seyn mit dem Antwortschreiben, welches auf die bekannte preußische Zirkularnote vom 24. v. M. unterm 10. d. M. als „ergebenste Eröffnung" an den hiesigen preußischen Geschäftsträger, Frhrn. v. Canitz, ergangen ist. Die k. sächsische Regierung erklärt darin, daß sie unverändert und unbeirrt durch die darauf gestützten Verdächtigungen stets an dem Grundsatze der Vereinbarung festgehalten habe, sieht mit Genugthuung diesen Grundsatz auch von der kön. preußischen Regierung dargelegt, und tritt vollkommen dem Ausspruche der preußischen Zirkularnote bei, daß die Aufrichtung einer neuen deutschen Kaiserwürde unnöthig sey. (Eine Wiederholung des preußischen Kompliments für Hrn. v. Gagern und die Gleichgesinnten, welche Himmel und Erde in Bewegung gesetzt hatten, um Preußen die Kaiserkrone zuzuwenden, für die man ihnen nun jenen zierlichen Korb zukommen läßt!)

So weit ist die k. sächsische Regierung ganz einverstanden mit der k. preußischen, und sieht mit Interesse den weitern Eröffnungen des k. preußischen Bevollmächtigen entgegen. Schließlich jedoch glaubt sie auch noch die Ueberzeugung aussprechen zu müssen, daß die unabweisliche Bedingung für solche Verhandlungen und deren Erfolg die Betheiligung der k. k. österreichischen Regierung sey.

Seltsam in dieser sächsischen Note ist eine Bezeichnung der obschwebenden Frage als einer solchen, „welche mit der Einigung oder Zerstücklung der deutschen Nation zugleich deren Macht nach außen und deren Wohlfahrt im Inner

---

*) Diese ist durch die inzwischen erfolgte Verwerfung des Künßbergischen Antrags auf Revision des Verfassungsentwurfs bedeutend geschwächt worden. A. d. Verf.

in ihrem Schooße trägt." Die Stelle scheint unrichtig gefaßt; klar ist zwar, daß von der Einigung die Macht nach außen abhängt; daß aber mit der Zerstücklung die Wohlfahrt im Innern gleichlaufe, wäre ja eine Annäherung an die Ansichten der Krähwinkelrepublikaner, deren wir in der k. sächsischen Nation allerdings nicht wenige besitzen. Das Aktenstück ist von Hrn. v. der Pfordten unterzeichnet.

Hannover, 16. Febr. Die Entscheidung naht; noch heute wird es sich zeigen, ob die Kammer in Konflikt mit der Nationalversammlung oder mit der Regierung tritt, ob sie Hannover oder Deutschland voranstellt; denn heute steht, durch die Erklärung der Regierung über die Grundrechte veranlaßt, der Antrag Lang's zur Berathung, der entschiedene Ausdruck des deutsch-gesinnten Theils der Kammer.

Es ist derselbe möglichst überzuckert und milde eingekleidet; „die Stände verkennen nicht, daß es der Regierung wünschenswerth seyn konnte, bevor sie in jener Angelegenheit vorschritt, die Ansicht der Stände zu vernehmen"; aber es wird dann hinzugefügt, daß die Stände der Ansicht sind, daß die Grundrechte gleich allen Reichsgesetzen, sobald sie ordnungsmäßig im Reichsgesetzblatte verkündigt worden, Gesetzkraft erlangen, ohne daß es der Zustimmung der Stände der Einzelstaaten weiter bedürfte. Schließlich wird die ausdrückliche Bitte gestellt, die Grundrechte demgemäß „zur Beseitigung etwaiger Zweifel" sofort im Gesetzblatt auch örtlich zu verkünden und den Ständen die den Einzelstaaten überlassenen Ausführungsgesetze derselben baldmöglichst vorzulegen.

Hannover, 17. Febr. Heute wurde die gestrige Verhandlung fortgesetzt, und ist so eben, nach einer bis zum Abend verlängerten Debatte, zum Schluß gediehen. Die Kammer hat sich mit weit überwiegender Mehrheit (53 Stimmen gegen 27) für Anerkennung der Grundrechte erklärt.

|| **Berlin**, 17. Febr. Man trägt sich hier allgemein mit dem Gerüchte, daß der Belagerungszustand am 24. d. M. sein Ende erreichen werde. Wir finden es nicht unwahrscheinlich, zumal ausreichende militärische Kräfte hier sind, um jeder Störung der öffentlichen Ruhe wirksam entgegenzutreten.

Unter den 180 Wahlen für die Erste Kammer fielen: 3 auf den Prinzen von Preußen, 26 auf jetzige und ehemalige Minister und Unterstaatssekretäre, 19 auf Ober-Regierungs- und Oberlandesgerichts-Präsidenten, 9 auf Landräthe, 26 auf Juristen, 29 auf andere (größtentheils höhere) königliche oder städtische Beamte, 9 auf größere Kaufleute und Fabrikbesitzer, 32 auf Ritterguts- oder größere bäuerliche Besitzer, 5 auf Universitätsprofessoren, 1 auf einen Gesandten, 4 auf Geistliche, 1 auf einen Arzt, 10 auf höhere Offiziere; 6 sind noch unbestimmt.

Sechsfach erwählt ist Hr. Hansemann; vierfach der Oberstleutnant v. Griesheim (der bekannte Eiferer für preußisches Sonderthum); dreifach erwählt wurden: der Prinz von Preußen, der Minister Brandenburg, Hr. Milde, die Oberpräsidenten v. Auerswald und Flottwell; unter den zwiefach Erwählten sind: Hr. v. Ladenberg, Hr. Camphausen, der Unterstaatssekretär Pommer-Esche (englisch-freihändlerischen Andenkens), der Oberpräsident v. Botticher, Graf Bülow, Oberbergrath Böcking, Regierungsrath Brüggemann, Oberburggraf v. Brünneck ꝛc. ꝛc.

Es werden dadurch 32 Nachwahlen nothwendig. Von demokratischer Farbe dürften ungefähr 31 seyn. 7 der Gewählten sind auch zur Zweiten Kammer gewählt.

Templin, 16. Febr. (Berl. Nachr.) Gestern um halb 8 Uhr Abends ertönte der Schreckensruf: Feuer! Feuer! und bald war der dunkle Abend für unsere ganze Stadt zur Tageshelle geworden. Von den einigen und achtzig vor dem Mühlenthore belegenen, mit Stroh gedeckten Scheunen sind 74 ein Raub der Flammen geworden, und wir können uns leider des trüben Gedankens nicht erwehren, daß eine ruchlose Hand diese empörende That verübte.

Köln, 17. Febr. (Köln. Z.) Professor Gottfried Kinkel von Bonn ist heute Nachmittags von dem Zuchtpolizeigerichte des hiesigen Landgerichts wegen Verleumdung der zur preußischen Garnison in Mainz gehörigen Truppen zu einer Gefängnißstrafe von einem Monate und in die Kosten verurtheilt worden.

*** **Wien**, 16. Febr. In Kremsier war von dem Abg. Zbyszewsky der Antrag gestellt worden, daß die österreichische Armee in Italien, um nicht unvertreten zu seyn, drei Abgeordnete in den Reichstag schicken möge. Aus Anlaß dieses Antrags hat nun die gesammte in Italien stehende Armee, Offiziere und Soldaten, eine Adresse an Se. Maj. den Kaiser gerichtet mit der Bitte, einem solchen Beschlusse die kaiserliche Sanktion zu versagen. Die Adresse hebt zuerst hervor, daß in jedem konstitutionellen Staate die gesetzgebende und die vollziehende Gewalt getrennt sind und getrennt seyn müssen; sodann macht sie auf den Gegensatz der kränkenden Schmähungen aufmerksam, welche sie früher von demselben Reichstag erfuhr, während sie im Felde Blut und Leben für das Vaterland einsetzte. Klassisch ist namentlich folgende Stelle:

Als Varro auf dem Schlachtfelde von Cannä den Sieg und 80,000 römische Krieger ließ, und, ein Flüchtling, nach Rom zurückeilte, da erhob sich der Senat in Masse und ging dem überwundenen Konsul bis vor die Thore der Stadt entgegen, um ihm zu danken, daß er nicht an der Rettung des Vaterlandes verzweifelte.

So dachte und handelte ein großer Freistaat; doch der Reichstag von Wien hatte nur Sympathien für unsere Feinde, kein Wort des Beifalls für die siegreiche, mit unseligen Mühseligkeiten kämpfende Armee, kein Wort der Theilnahme für die Gefallenen, kein Wort des Trostes für die Hinterbliebenen!

Frhr. Kamill v. Schlechta aus Wien und Ferd. v. Eisenbach, k. k. Hauptmann in Pension aus Gratz, waren wegen Betheiligung an den Oktoberereignissen im Dezember v. J. zum Tode verurtheilt, das Urtheil jedoch für Beide in zwölfjährigen Festungsarrest gemildert worden. Die Kundmachung des Urtheils war aus Gründen, welche die Untersuchung betrafen, bis jetzt aufgeschoben.

Die Telegraphenlinie von Wien bis Triest ist nun vollendet. Bereits seit einigen Tagen wird von hier aus mit Triest über Laibach korrespondirt.

(Presse.) Laut einer aus zuverlässigster Quelle herrührenden Nachricht hat Oberst Urban mit seiner von Galizien aus verstärkten Kolonne, welche die Vorhut des in der Bukowina konzentrirten Truppenkorps bildet, eine herrliche Waffenthat ausgeführt. Er griff nämlich mit seiner aus der 1. Division des 2. Bukowiner Gränzkordon-Bataillons, der 7. Division von Sivkovich Infanterie, und 2 Kompagnien von Erzherzog Karl Ferdinand Infanterie bestehenden Abtheilung, welche er mit Umgehung der Hauptstraße über das höchste Gebirge geführt, die im Borgothale, namentlich in Miroszczny befindlichen, durch die Verschanzungen der Hauptstraße sich ganz sicher dünkenden ungarischen Insurgenten am 6. Febr. früh ganz unerwartet im Rücken an; der Ueberfall gelang so vollkommen, daß Oberst Urban, ohne einen Mann zu verlieren, die ganze feindliche Abtheilung, welche überdies 2 Todte und 11 Verwundete verlor, gefangen nahm; 1 Stabsoffizier (Major Koffler), 11 Oberoffiziere, 1 Oberarzt, 500 Mann vom Feldwebel und Wachtmeister abwärts befanden sich unter den Gefangenen; außerdem wurden 2 Geschütze, 2 Munitionskarren, die Kasse, alle Feuergewehre, Proviant, Monturvorräthe ꝛc. erobert. Den feindlichen Unterstützungstruppen, die von Tiha herbeikamen, warf Oberst Urban, der die obige glänzende Expedition in Person geleitet, eine Kolonne entgegen, die er gleichfalls befehligte, schlug den Feind zurück, und ließ ihn zwei Stunden weit verfolgen. Feldmarschall-Leutnant Malkowsky zieht nun seine bei Czernowitz konzentrirten Truppen an die Gränze vor.

Triest. (Graz. Z.) Es ist bekannt, daß unsere Regierung die geeigneten Maßregeln getroffen hat, um zu verhindern, daß Venedig sich von unserer Küste aus mit Lebensmitteln versehe. Seit einiger Zeit nun erscheinen aber venetianische Schiffe mit venetianischer Bemannung und venetianischen Schiffsführern, jedoch unter jonischer Flagge und mit vom englischen Konsul in Venedig unterfertigten Seeurkunden in unsern Häfen, um Lebensmittel und Holz nach Venedig zu laden. Es entstehen die Fragen: 1) Mit welchem Rechte der englische Konsul auf diese Weise die Maßregeln der österreichischen Regierung entkräftet? 2) Ob er also handelnd im Geiste oder im Auftrage Lord Palmerston's verfährt? (Warum nicht? Die Politik des edlen Lords war weder in Spanien noch in Griechenland gewissenhaft: aus welchem Grunde sollte sie es in Italien seyn?)

Italien.

Turin. (Basl. Z.) Gioberti hat am 10. in der Kammer eine politische Erklärung abgegeben, welche von großer Wichtigkeit ist. Der sardinische Minister erklärt sich darin zuerst gegen die republikanische Staatsform, als eine viel unvollkommenere, als die konstitutionelle Monarchie, und nennt die Republikaner geradezu Rückschrittsmänner. Die Einheit Italiens erklärt Gioberti ferner für ein Hirngespinnst und beschränkt sich darauf, seine Einigung zu hoffen; einer Konstituirenden, wie sie von Rom und Toskana angenommen ist, kann er daher nicht beistimmen, weil sie die Selbstherrlichkeit der verschiedenen Staaten zerstören würde; Sardinien wird keine Abgeordneten zu einer solchen senden. Endlich betrachtet Gioberti den Kredit als die Grundlage der Politik, wie der Industrie, und die Demagogie als den größten Feind der Demokratie.

Diese Erklärung wurde von der Kammer nicht günstig aufgenommen. Am 12. interpellirte Broffario das Ministerium darüber. Der Deputirte Valerio schlug eine Tagesordnung vor, durch welche die Kammer sich vorbehält, ihre Meinung nach der Diskussion der Adresse an den König auszusprechen.

Frankreich.

= **Paris**, 17. Febr. Es steht außer allem Zweifel, daß die Flucht des Großherzogs von Toskana unter Einwirkung des dortigen brittischen Gesandten, Lord Hamilton, erfolgt ist. Lord Palmerston, dessen ministerielle Existenz bedroht ist, wenn er sich nicht von dem Verdachte reinigt, zu den wühlerischen Umtrieben in Italien mitgeholfen zu haben, hatte den Gesandten angewiesen, den Großherzog von Toskana von Beschickung der römischen Konstituirenden abzumahnen. England will Nichts von dem italienischen „Völkerbunde" wissen, sondern erkennt nur den italienischen Fürsten das Recht zu, in ein Bundesverhältniß zu treten. Um nun den Großherzog von Toskana dem Ingrimm der revolutionären Klubbs von Florenz und Livorno zu entziehen, stellte Lord Palmerston mehrere brittische Kriegsschiffe zur Verfügung desselben.

Auf einem dieser Fahrzeuge hat sich der Großherzog mit seiner Familie am 7. d. M. zu Piombino eingeschifft, um sich nach Gaeta zu begeben; — nicht nach der Insel Elba, wie die Blätter irrig berichtet haben. Da Elba im Angesicht von Livorno liegt, so wäre der Großherzog auf der erwähnten Insel nicht so sicher gewesen, als in Gaeta. Außerdem wollen in Gaeta sämmtliche katholische Mächte ihre Bevollmächtigten versammeln, um dem revolutionären Veitstanz in Rom ein Ende zu machen, und es erklärt sich von selbst, daß der Großherzog an den betreffenden Berathungen Antheil zu nehmen wünscht. Wahrscheinlich werden in Bälde piemontesische und neapolitanische Truppen von den entgegengesetzten Enden her gegen Florenz und Rom marschiren, und sowohl den Kirchenstaat als Toskana militärisch besetzen, während General Zucchi mit den Schweizern und den andern treugebliebenen Truppen des Pabstes die Revolution in Rom selbst angreifen wird. Die übrigen katholischen Mächte, namentlich Frankreich, Spanien, und Portugall, werden eine starke Seemacht vor Livorno und Civita-Vecchia vereinigen, um die Intervention Neapels und Sardiniens durch ihren „Einfluß" zu unterstützen. England hat sich erboten, sich den katholischen Mächten mit der brittischen Flotte des Mittelmeeres anzuschließen. Bereits hat sich in Toskana das Landvolk gegen die revolutionäre Regierung erhoben, so daß die vereinigte sardinisch-neapolitanische Intervention einen gebahnten Weg vor sich finden wird.

† **Paris**, 18. Febr. Briefe aus Rom vom 12. sprechen von beleidigenden Auftritten gegen die französische Gesandtschaft daselbst, welche sogar aus der Stadt verjagt seyn soll. Wenn sich Dies bestätigt, wird nach der hiesigen Stimmung eine unmittelbare Einschreitung die Folge seyn.

Graf Colloredo, der österreichische Bevollmächtigte, ist nun ebenfalls in Brüssel eingetroffen.

Redigirt und verlegt von Dr. Friedrich Giehne.

Todesanzeige.

A.166. Offenburg. Den auswärtigen Freunden und Bekannten meines Schwagers und Geschäftsgenossen Franz Weber mache ich die schmerzliche Anzeige, daß derselbe heute Nachmittag halb 4 Uhr an den Folgen eines langwierigen Lungenleidens in seinem 33. Altersjahre sanft verschieden ist. Ich bitte, ihm ein stilles Andenken zu bewahren.

Offenburg, den 18. Februar 1849.

J. Otteni, Buchdrucker.

A.180.

Zur Berichtigung des Zeugnisses in Nr. 40 der Karlsr. Zeitung.

Die Gesetze Moses sind bekanntlich sehr verschieden: sittliche, politische, diätetische u. s. w. Moses mußte letztere geben, um das rohe Volk in Ordnung zu halten, weil es zur Zeit noch keine gesellschaftlichen oder obrigkeitlichen Anstalten zur Sicherung des Lebens und Eigenthums gab. Heutzutage ist zur Handhabung der Ordnung die Obrigkeit aufgestellt. Sie hat darum auch die zweckmäßigen Gesetze hiezu nach ihrem Ermessen zu erlassen; denn auch hier gilt: „gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist." Oder hält es Herr Rein auch für Sünde, Fleisch, in welchem noch Blut ist, V. 4, oder vom Erstickten, Act. 15, 20, oder Schweinefleisch, 5. Mos. 14, 8, zu essen?

Wenigstens hat Herr Rein dem Worte Gottes keinen guten Dienst geleistet, wenn er die Nichtbeibehaltung des fraglichen Gesetzes für eine Sünde erklärt.

Ein Freund der Wahrheit.

A.179. Berghausen.

Erklärung.

Dem Vernehmen nach wird die Ansicht verbreitet, daß das in Heidelberg erscheinende Blatt „der Volksführer" das Organ der Lehrer seye, und deren Grundsätze vertrete. Diese Ansicht erklären wir hiermit als „grundfalsch" und verwahren uns aufs entschiedenste gegen sie.

Im Namen vieler Lehrer:
Fuchs in Berghausen.

A.159. [2]2. Karlsruhe.

Rebenverkauf.

Bei Gärtner Wagner am Ettlinger Thor sind Wurzelreben verschiedener Sorten Tafeltrauben zu haben.

A.148. [3]2. Rastatt.

Bekanntmachung.

Da die bei dem Baue der Reichsfestung Rastatt auszuführenden Erdarbeiten größtentheils beendet sind, so können die noch rückständigen von den in der Umgegend wohnenden Arbeitern vollendet werden; daher fremde Erdarbeiter in diesem Jahre keine Beschäftigung finden.

Rastatt, den 17. Februar 1849

Die gr. Reichsfestungsbau-Direktion.

A 158. [3]2. Kürnbach.

Bekanntmachung.

Da trotz der Anzeige des Unterzeichneten vom 11. Mai 1847 die Zeit der Abhaltung der hiesigen Viehmärkte nicht in die Kalender aufgenommen worden ist, so ersuche ich die verehrlichen Verleger der verschiedenen Kalender nochmals in dieselben aufzunehmen, daß jeden Jahrs,

1) am Donnerstag nach Matthias,
2) „ „ vor Jakobi,
3) „ „ nach Kreuzeserhöhung

Viehmarkt dahier abgehalten wird.

Kürnbach, den 17. Februar 1849.

Bürgermeister.
Beker.

vdt. Fenninger,
Rathschreiber.

A.136. [2]2. Stein, Amts Bretten.

Markt-Verlegung.

Der hiesige Vieh- und Krämermarkt fällt auf den 5. März d. J., und da der Pforzheimer Viehmarkt auch an diesem Tag abgehalten wird, so ist der hiesige Markt verlegt, und zwar auf

Montag, den 26. März d. J.,

welches anmit öffentlich bekannt gemacht wird.

Stein, den 15. Februar 1849.

Bürgermeisteramt.
Kaucher.

vdt. Zipse,
Rathschreiber

A.105. [3]3. Nr. 68. Oberkirch.

Mühle-Versteigerung.

Auf großh. bezirksamtlichen Beschluß vom 18. September v. J., Nr. 16,213, in Forderungssachen der Satori's Wittwe in Herbolzheim gegen Antonio Mast wird

Donnerstag, den 22. d. M.,
Nachmittags 2 Uhr,

im Gasthaus zum badischen Hof dahier die sogenannte Stadtmühle sammt Zubehörde, wie solche in den Beilagen zu dieser Zeitung v. J., Nr. 299 und 304, beschrieben sind, mit Dem wiederholt versteigert, daß der Zuschlag bei Erreichung des Schätzungspreises erfolgt.

Oberkirch, den 14. Februar 1849.

Bürgermeisteramt.
J. A. d. B.
Gerstner, Rathschreiber.

A.176. Ichenheim.

Stammholz-Versteigerung

Die Gemeinde Ichenheim versteigert am

Dienstag, den 27. d. M.,
Vormittags 9 Uhr,

im Distrikt Almwald und Rehmättel 16 zu Boden liegende Eichstämme, welche sich vorzüglich zu Holländerholz eignen; wozu die Liebhaber eingeladen werden.

Ichenheim, den 18. Februar 1849.

Bürgermeisteramt.
Roth.

A.177. [3]1. Karlsruhe. (Forlen-Stammholz-Versteigerung.) Aus dem großh. Hardtwalde, Forstbezirk Friedrichsthal, werden öffentlicher Versteigerung ausgesetzt:

Distrikt am Monument:
Mittwoch, den 28. d. M.,

120 starke Forlenstämme,

welche sich zu Holländer- und starkem Nutzholz eignen.

Die Zusammenkunft ist früh 9 Uhr auf der Friedrichsthaler Allee beim Monument.

Karlsruhe, den 19. Februar 1849.

Großh. bad. Hof-Forstamt.
v. Schönau.

A.172. Karlsruhe.

Ausverkauf eines ganz neuen Modelagers zu einem Drittel oder 33⅓ Proz. unterm Fabrikpreis.

1) Ein vollständiges Bandlager zu Bällen, Moden u. s. w. für das Frühjahr, ganz frische Band zu Hüten, Hauben, Kinder- und Strohhüten u. s. w.

2) Hüte in allen Farben, die besonders wegen der günstigen Witterung, ihrer Schönheit und Billigkeit sehr zu empfehlen sind, Putzhüte und Putzhauben.

3) Lingerie, Chemisetten, Krägen, Aermel, Spitzen, Negligé-Hauben, Demi-Toilette-Häubchen u. s. w.

4) Mantillen, Schürzen, Coiffüren u. s. w.

5) Seidenzeuge, Seidensammt, auch eine große Auswahl Coupons zu Hüten, wie überhaupt Gros de Naples in allen Farben.

6) Ceintures larges et etroites, tours de Cous, das Allerneueste in Gürteln und Halsbändern.

7) Blumen und Guirlanden zu Hauben und Hüten, Bouquette, einzelne Branchen u. s. w., Myrthenkränze.

Aufmerksam wird noch besonders gemacht, daß alle Artikel unlängst und jetzt erst frisch angekommen sind, und ohne Unterschied jeder Gegenstand, und wenn er auch noch so gering ist, ein Drittel oder 33⅓ Proz. unterm Fabrikpreis abgegeben wird. Dieser billige Verkauf findet aber nur acht Tage statt in der Langen- und Waldstraßen-Ecke Nr. 122 im 2. Stock, zu den 3 Kronen.

A.171. Karlsruhe.

Pensions-Anerbieten.

Zu mehreren Pensionärs, Töchtern gebildeter Familien der französischen Schweiz, werden noch einige junge Damen gesucht. Denselben wäre daselbst Gelegenheit geboten, sowohl in wissenschaftlicher Hinsicht in verschiedenen Sprachen, **Französisch, Italienisch** und **Englisch**, ferner in **Musik**, so wie auch in allen weiblichen Arbeiten jeder Art, gründlichen Unterricht zu erhalten; auch hätten sie sich der aufmerksamsten Pflege, der liebevollsten Behandlung, und eines passenden Umgangs zu erfreuen.

Der Unterricht wird im Hause selbst, theils von vorzüglichen Lehrern, theils von der Vorsteherin selbst ertheilt.

Was die innere Einrichtung betrifft, so ist dieselbe so gediegen, geschmackvoll und gesund, daß auch hierin allen Ansprüchen und jedem möglichen Comfort entsprochen werden kann.

Auskunft über Ort und Bedingungen ertheilt die Expedition dieses Blattes.

A.173. [2]1. Weingarten (Oberamts Durlach).

Zwangsversteigerung.

Dem Jakob Rupp von hier werden in Folge richterlicher Verfügung vom 21. Januar 1849, Nr. 753, am

Montag, den 12. März 1849,
Mittags 2 Uhr,

auf hiesigem Rathhause im Zwangswege öffentlich versteigert, mit dem Bemerken, daß der Zuschlag erfolge, wenn der Anschlag und darüber geboten werde.

1.

Eine Behausung, die sogenannte Mittelmühle dahier, aus einer Mahlmühle, 1 Schäl- und 2 Mahlgängen bestehend, ferner mit einer Oelmühle und Hanfreibe, Scheuer, Stall, Keller, Hofraithe, Holzremise und 2 Viertel 29 Ruthen Garten in der Mittelmühlgasse, neben Jakob Rath und Josef Steiner.

2.

25 Ruthen Acker in der Hub, neben Andreas Martin und Christian Lepp.

3.

1 Viertel 22 Ruthen Acker in der Oelschlag, neben Josef Steiner und Jakob Koch.

Weingarten, den 18. Februar 1849.
Bürgermeisteramt.
Reis.
vdt. Keller,
Rathsschreiber.

A.156. [3]2. Peterzell.

Liegenschafts-Versteigerung.

Dem Bürger Jakob Fleig am Ruppertsberg werden in Folge richterlicher Verfügung vom 14. v. M., Nr. 820, nachbenannte Liegenschaften im Wege der Vollstreckung

Samstag, den 10. März d. J.,
von Nachmittags 1 bis Abends 6 Uhr,

im Löwenwirthshause dahier öffentlich versteigert:

a) Ein zweistöckiges Wohnhaus sammt Scheuer und Stallung unter einem Dach, nebst Fruchtspeicher und Backküche;

b) 4⅛ Morgen Wiesen, ungefähr 32 Morgen Acker und 17 Morgen Wald- und Waidfeld.

Das Ganze bildet ein geschlossenes Gut, gränzt einerseits an Mathias Steidinger, anderseits an Joh. Georg Müller von Langenschiltach, und ist gerichtlich taxirt zu 3000 fl.

Die Bedingungen werden am Steigerungstage bekannt gemacht.

Peterzell, den 10. Februar 1849.
Bürgermeisteramt.
Martin.
vdt. Obergfell,
Rathschreiber.

A.137. [3]2. Söllingen, Oberamts Rastatt.

Holländer-Eichen-Versteigerung.

Die Gemeinde Söllingen läßt

Montag, den 5. März d. J.,

30 Stämme vorzügliche Holländer-Eichen aus dem Böschwald öffentlich versteigern, wozu die Liebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die Steigerung Morgens 10 Uhr im Böschwald stattfinden wird.

Söllingen, den 16. Februar 1849.
Bürgermeisteramt.
Seiter.
vdt. Schmalz.

A.135. [3]2. Rottweil.

Langholz-Verkauf.

Der Stadt- und Stiftungsrath beabsichtigt in den diesseitigen Stadt- und Stiftungswaldungen behufs der Durchführung gemeinnütziger Maßregeln einen außerordentlichen Holzhieb von circa 13,000 Stämmen starkes Langholz, Holländer bis zum 100er vornehmen zu lassen. Das Holz wird auf dem Stock verkauft und findet die Verkaufsverhandlung auf dem Rathhause dahier am

Montag, den 12. März d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

statt, wozu die Liebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß dem Verkaufe billige Preise und Bedingungen zu Grunde gelegt sind.

Rottweil, den 15. Februar 1849.
Stadt- und Stiftungsrath.
A. A.
Stadtschultheißenamt.
Rapp.

A.175. [2]1. Heidelberg. (Fruchtverkauf.) Am Dienstag, den 27. d. M., Nachmittags 2 Uhr, werden auf dem diesseitigen Geschäftszimmer

65 Malter Gerste,
135 „ Spelz, und
ca. 46 „ Haber

gegen baare Zahlung bei der Abfassung versteigert.

Heidelberg, den 19. Februar 1849.
Großh. bad. Schaffnerei.
Schulz.

A.178. Nr. 4212. Karlsruhe. (Diebstahl und Fahndung.) Der Jakob Friedrich Hesselschwerdt's Wittwe zu Linkenheim wurde in der Nacht vom 15. auf den 16. d. M. ein vierzehn Tage altes, rothes Stier-Milchkalb entwendet, was zur Fahndung auf das entwendete Kalb und den bis jetzt unbekannten Thäter bekannt gemacht wird.

Karlsruhe, den 17. Februar 1849.
Großh. bad. Landamt.
v. Stengel.
vdt. C. Stichling,
A. j.

A.168. [3]1. Nr. 4133. Karlsruhe. (Aufforderung und Fahndung.) Soldat Johann Georg Bleich von Grünwinkel hat sich unerlaubter Weise aus dem Stationsorte Altbreisach entfernt, und wird hiemit aufgefordert, sich

binnen 6 Wochen

entweder bei diesseitiger Stelle oder bei seinem Regimentskommando zu stellen, und sich wegen seiner unerlaubten Entfernung zu verantworten, widrigenfalls er der Desertion für schuldig erklärt und in die gesetzliche Strafe verfällt werden würde.

Zugleich werden sämmtliche Polizeibehörden ersucht, auf denselben zu fahnden, und ihn im Betretungsfalle entweder an das diesseitige Amt oder an das großh. Kommando des Leib-Infanterieregiments abzuliefern.

Signalement.

Größe, 5′ 4″.
Körperbau, besetzt.
Gesichtsfarbe, blaß.
Augen, grau.
Haare, braun.
Nase, breit.

Karlsruhe, den 16. Februar 1849.
Großh. bad. Landamt.
Bausch.
vdt. Eich.

A.157. [3]2. Heidelberg. (Aufforderung und Fahndung.) Johann Gaulrapp von Schönau, Soldat beim Leib-Infanterieregiment, dessen Signalement unten folgt, hat sich am 8. d. M. unerlaubt aus seinem Stationsort Altbreisach entfernt, und ist sein gegenwärtiger Aufenthalt unbekannt.

J. Gaulrapp wird deßhalb aufgefordert, sich

binnen 4 Wochen

dahier oder bei seinem Regimentskommando zu stellen, und sich über seine Entfernung zu verantworten, widrigenfalls er als Deserteur betrachtet und nach den bestehenden Gesetzen verfahren werde.

Zugleich bitten wir die betreffenden Behörden, auf Gaulrapp fahnden und ihn im Betretungsfall hieher oder an sein Regimentskommando abliefern zu lassen.

Signalement.

Größe, 5′ 4″ 3‴.
Körperbau, stark.
Gesichtsfarbe, gesund.
Augen, braun.
Haare, braun.
Nase, proportionirt.

Gaulrapp trug bei seiner Entweichung blaue Ordonnanzhosen.

Heidelberg, den 16. Februar 1849.
Großh. bad. Oberamt.
Neff.

A.130. [3]3. Nr. 3575. Bonndorf. (Aufforderung.) Der Dragoner Joseph Kaiser von Blumegg, welcher nach Karlsruhe beurlaubt war, hat sich unerlaubter Weise von dort entfernt, und sein gegenwärtiger Aufenthalt ist unbekannt.

Derselbe wird deshalb aufgefordert, sich

binnen 4 Wochen

dahier oder bei seinem vorgesetzten Regimentskommando zu stellen, widrigens er der Desertion für schuldig erklärt und in die gesetzliche Strafe verfällt würde.

Signalement des Joseph Kaiser.

Größe, 5′ 5″ 4‴.
Körperbau, schlank.
Gesichtsfarbe, blaß.
Augen, blau.
Haare, braun.
Nase, spitz.

Bonndorf, den 12. Februar 1849.
Großh. bad. Bezirksamt.
Ganter.
vdt. Müller.

A.147. [3]2. Nr. 5865. Staufen. (Fahndung.) Der vormalige Dragoner Felix Schäck von Schutterwald, Amts Offenburg, welcher des Verbrechens der Tödtung dringend verdächtig ist, ist in der Nacht vom 8. auf den 9. Dezember v. J. aus dem Gefängniß ausgebrochen, wurde zwar seitdem zweimal verhaftet, hat aber jedesmal auf dem Transport und zwar das erste Mal bei Wehr, Amts Säckingen, am 25. v. M., und das zweite Mal in Karlsruhe am 29. v. M. durch die Flucht zu entkommen gewußt.

Wir machen dieses mit dem Ersuchen bekannt, auf den Felix Schäck zu fahnden, und ihn im Betretungsfalle wohlverwahrt an uns abzuliefern.

Personsbeschreibung.

Felix Schäck ist 24 Jahre alt, 5′ 7″ 2‴ groß, hat einen starken Körperbau, eine gelbliche Gesichtsfarbe, braune Augen, braune Haare, gewöhnliche Nase, und einen kleinen schwarzen Schnurrbart.

Bei seiner letzten Entweichung trug er folgende Kleider:

Einen schwarztuchenen Rock mit schwarzen Knöpfen, schon ziemlich getragen, mit Seitentaschen, weißgraue wollene Hosen, ein schwarzes Gillet mit blauen Glasknöpfen, ein schwarzseidenes Halstuch, eine gewöhnliche schwarztuchene Schildkappe und Schuhe mit ledernen Riemen.

Staufen, den 17. Februar 1849.
Großh. bad. Bezirksamt.
Faller.

A.151. [2]2. Nr. 2081. Gernsbach. (Fahndung.) Der unten näher beschriebene, schon mehrmals in Untersuchung gestandene Augustin Wieland von Reichenthal sollte am letzten Mittwoch, den 14. d., im Auftrag seines Dienstherrn, des Hirschwirths Staudinger von Hördten, mit einem Wagen voll Rebpfählen nach Malsch fahren. Wieland hat nun die Rebpfähle unterwegs verkauft, und sich, da er bis jetzt nicht wieder zurückgekehrt ist, mit Wagen und dem Pferde ohne allen Zweifel flüchtig gemacht.

Indem wir die Beschreibung unten folgen lassen, bitten wir, auf den Burschen und die unterschlagenen Gegenstände zu fahnden.

Beschreibung

1) des Augustin Wieland.

Alter, 18 Jahre.
Größe, ungefähr 5′ 5″.
Statur, schlank.
Haare, blond.
Stirne, nieder.
Augen, blau, klein.
Nase, gewöhnlich.
Mund, etwas breit.
Zähne, gut.
Kinn, spitz.
Bart, keinen.
Gesichtsform, länglich.
Gesichtsfarbe, blaß.

Kleidung.

Wieland trug ein dunkelblaues Tuchkamisol mit schwarzen beinernen Knöpfen, helle, gestreifte, sogenannte Sommerzeugweste, gestreifte Sommerzeughosen, neu, braun und grau, er trägt Stiefel, blautuchene Schildkappe und ein halbseidenes, schwarzes Halstuch.

2) Beschreibung des Wagens und Pferdes.

a) Der Wagen, ein noch ganz guter, einspänniger Leiterwagen von mittlerer Größe mit eisernen Achsen, von denen das hintere Achsengestell ganz neu ist, hat einen Werth von 70 fl.

Als besonderes Kennzeichen wird bemerkt, daß er nur drei Leißenketten hat, und an der Stelle der vierten ein Strick ist.

b) Das Pferd, eine neun- bis zehnjährige schwarze Stute, ist mittlerer Größe, hat einen weißen, linken hinteren Fuß, und ist am linken Auge blind. Dasselbe hat einen Werth von 110 fl.

c) Ein gewöhnliches, noch ganz gut erhaltenes, schwarzes Pferdegeschirr im Werth von 10 fl.

Gernsbach, den 17. Februar 1849.
Großh. bad. Bezirksamt.
Dill.
Zeis,
beeidigter Aktuar.

A.167. [3]1. Nr. 4770. Durlach. (Aufforderung.) Die gesetzlichen Erben des am 10. September 1848 verstorbenen Bürgers und Taglöhners Johann Martin Huffschmidt von Grötzingen haben auf dessen Hinterlassenschaft verzichtet, dagegen hat seine Wittwe Margarethe, geborne Huber, um Einsetzung in die Gewähr derselben gebeten. Es werden daher alle Diejenigen, welche an diese Erbschaft Ansprüche zu haben glauben, hiermit aufgefordert, solche

binnen 3 Monaten

dahier geltend zu machen, widrigenfalls die genannte Wittwe in die Gewähr derselben richterlich eingesetzt würde.

Durlach, den 9. Februar 1849.
Großh. bad. Oberamt.
Galura.

A.169. [3]1. Radolfzell. (Erbvorladung.) Der seit 1822 von Hause abwesende Phil. Sommer, ledig, von Radolfzell, der sich im Jahr 1825 als Musiker in Moskau aufgehalten haben soll, ist zur Erbschaft seiner am 23. November 1848 verstorbenen Mutter, Philipp Sommer Lehrers Wittwe, Agatha, geborne Gretsch, von hier berufen.

Da dessen gegenwärtiger Aufenthaltsort unbekannt ist, so ergeht an denselben die Aufforderung, sich zur Empfangnahme der eröffneten mütterlichen Erbschaft

innerhalb vier Monaten

von heute um so gewisser zu melden, als solche sonst Denen zugetheilt würde, die sie erhalten hätten, wenn der Abwesende zur Zeit des Anfalls der Erbschaft nicht mehr gelebt hätte.

Radolfzell, den 16. Februar 1849.
Großh. bad. Amtsrevisorat.
Haas.

A.170. [3]1. Nr. 348. Engen. (Erbvorladung.) Die Rechtsnachfolger des im Jahre 1840 in Kaumberg bei Wien verstorbenen Wund- und Hebarztes Alois Stähle, deren Namen und Aufenthaltsort nicht angegeben werden kann, so wie auch Joseph Stähle, unbekannt wo, abwesend, sind zur Erbschaft ihrer am 29. Juni 1848 ledig gestorbenen Schwester Elisabetha Stähle von hier berufen, und werden anmit aufgefordert, sich

innerhalb drei Monaten

zur gedachten Verlassenschafts-Auseinandersetzung und Empfangnahme ihrer Erbtheile bei der diesseitigen Theilungsbehörde zu stellen, widrigens der fragliche Nachlaß lediglich Demjenigen zugewiesen werden würde, welchem er zukäme, wenn die Vorgeladenen am Tage des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wären.

Engen, den 14. Februar 1849.
Großh. bad. Amtsrevisorat.
Bode.

A.174. [3]1. Nr. 2886. Weinheim. (Schuldenliquidation.) Ueber das Vermögen des Bürgers und Buchbinders Philipp Rutz von Weinheim ist Gant erkannt, und Tagfahrt zum Richtigstellungs- und Vorzugsverfahren auf

Montag, den 5. März 1849,
Vormittags 8 Uhr,

auf diesseitiger Amtskanzlei festgesetzt, wo alle Diejenigen, welche aus was immer für einem Grunde Ansprüche an die Masse zu machen gedenken, solche bei Vermeidung des Ausschlusses von der Gant, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich anzumelden, und zugleich die etwaigen Vorzugs- oder Unterpfandsrechte, welche sie geltend machen wollen, zu bezeichnen haben, und zwar mit gleichzeitiger Vorlegung der Beweisurkunden oder Antretung des Beweises mit andern Beweismitteln.

Zugleich werden in der Tagfahrt ein Massepfleger und ein Gläubigerausschuß ernannt, Borg- und Nachlaßvergleiche versucht, und sollen in Bezug auf Borgvergleiche und Ernennung des Massepflegers und Gläubigerausschusses die Nichterscheinenden als der Mehrheit der Erschienenen beitretend angesehen werden.

Weinheim, den 14. Februar 1849.
Großh. bad. Bezirksamt.
Herterich.
vdt. Stein, A. j.

A.182. Nr. 3850. Bonndorf. (Schuldenliquidation.) Gegen die Verlassenschaft des Rupert Biedermann von Grafenhausen haben wir unterm 14. d. M. die Gant erkannt, und zum Schuldenrichtigstellungs- und Vorzugsverfahren Tagfahrt auf

Freitag, den 9. März 1849,
früh 8 Uhr,

angeordnet.

Es werden deshalb alle Diejenigen, welche aus was immer für einem Grunde Ansprüche an die Gantmasse machen wollen, aufgefordert, solche in der angesetzten Tagfahrt bei Vermeidung des Ausschlusses von der Gant, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte schriftlich oder mündlich anzumelden, und zugleich die etwaigen Vorzugs- oder Unterpfandsrechte zu bezeichnen, die geltend gemacht werden wollen, mit gleichzeitiger Vorlegung der Beweisurkunden oder Antretung des Beweises mit andern Beweismitteln.

In derselben Tagfahrt wird ein Massepfleger und Gläubigerausschuß ernannt, und sollen Borg- und Nachlaßvergleiche versucht werden, wobei bemerkt wird, daß die Nichterscheinenden als der Mehrheit der Erschienenen beitretend angesehen werden.

Bonndorf, den 14. Februar 1849.
Großh. bad. Bezirksamt.
Sieb.

A.140. [2]1. Nr. 3659. Neustadt. (Schuldenliquidation.) Schustermeister Franz Laubis von Höhrenbach will nach Nordamerika auswandern. Wer eine Forderung an ihn zu machen hat, hat sie bei der auf

Donnerstag, den 8. März d. J.,
früh 8 Uhr,

angeordneten Tagfahrt dahier um so gewisser geltend zu machen, als ihm sonst nicht mehr zur Befriedigung verholfen werden könnte.

Neustadt, den 13. Februar 1849.
Großh. bad. Bezirksamt.
Leiber.
vdt. Huber.

A.95. [3]3. Nr. 1829. Rheinbischofsheim. (Schuldenliquidation.) Nachbenannte sind gesonnen, mit ihren Familien nach Nordamerika auszuwandern:

1) Lammwirth Georg Stephan von Neufreistett,
2) David Schneider von da,
3) Michel Schreiner III. von Diersheim,
4) Jakob Erhard von da,
5) Jakob Klotter I. von Freistett.

Zur Liquidation ihrer Schulden haben wir Tagfahrt auf

Montag, den 26. Februar, d. J.,
Vormittags 8 Uhr,

anberaumt, und werden hiezu ihre etwaigen Gläubiger zur Anmeldung ihrer Forderungen mit dem Anfügen vorgeladen, daß ihnen später von hier aus zu ihrer Befriedigung nicht mehr verholfen werden kann.

Rheinbischofsheim, den 14. Februar 1849.
Großh. bad. Bezirksamt.
Sachs.

A.128. [3]2. Nr. 5284. Bruchsal. (Gläubigeraufforderung.) Abraham Sulzberger von Heidelsheim will mit seiner Familie nach Nordamerika auswandern. Dessen allenfallsige Gläubiger haben ihre Forderungen

Montag den 26. d. M.,
früh 8 Uhr,

dahier anzumelden, indem ihnen später zur Zahlung nicht verholfen werden kann.

Bruchsal, den 9. Februar 1849.
Großh. bad. Oberamt.
Leiblein.

A.96 [3]2. Nr. 3163. Eppingen. (Präklusivbescheid.)

In Sachen
mehrerer Gläubiger
gegen
die Vermögensmasse des Joseph Wamsler von Rohrbach,
Forderung und Vorrecht betr.,

werden alle diejenigen Gläubiger, welche in der heutigen Verhandlungstagfahrt ihre Ansprüche an die Masse nicht angemeldet haben, von derselben andurch ausgeschlossen.

V. R. W.

So geschehen, Eppingen, den 12. Februar 1849.
Großh. bad. Bezirksamt.
Müller.
vdt. Niebergall,
A. j.

Druck der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.